

lungen Bischof nicht nachweist, daß er sich mit der Annahme im Fertum befände, daß freimaurerische Kräfte das Zustandekommen der überaus kirchenseitlichen Schulgesetze im Luxemburg bewirkt hätten, stehen auch wie deutschen Katholiken zu dem Bischof, der mit apostolischem Freimut den Kampf um die christliche Schule führt. Oder haben die Herren Freimaurer vielleicht eine andere Erklärung für die seltsame Tatsache zur Hand, daß im ganz katholischen Luxemburg eine Schulgesetzung besteht, die sich selbst viel weniger kirchliche Staaten noch nicht zu eignen zu machen wagen. Keiner von uns verkennt das unerhörbare Gute, das die Freimaurer besonders auch in Deutschland in kultureller und auch sozialer Hinsicht tun, darum können wir aber doch nicht die Augen vor den großen Schäden verschließen, die eben dieselben Freimaurer bewußt oder unbewußt anrichten. Es braucht doch wirklich nicht noch lange darüber hin- und hergestritten zu werden, daß die Freimaurerei auch in Deutschland die Entkonfessionalisierung und Entchristlichung der Schulen und die gänzliche Trennung von Kirche und Staat erstrebt; unniß ist es auch, ernst Peinweise dafür zu bringen, daß die Freimaurerei die Todfeindin der katholischen Kirche und des Papstums ist. Allerdings kann die deutsche Freimaurerei ihr Gesicht noch nicht so unverhüllt zeigen, wie es die Freimaurerei in den romanischen Ländern kann und tut. Ganz verkehrt aber wäre es, wollte man die deutsche Freimaurerei darum höher einschätzen als die romatische; die Freimaurerei ist eine internationale Organisation, die weit besser ausgebaut und auch gefährlicher ist, als die rote Internationale. Es sind doch Tatsachen, die der Geschichte angehören, daß die Freimaurerei wie keine andere Organisation sich auch auf Revolutionieren versteht. Die südamerikanischen Revolutionen und Kirchenverfolgungen sind fast durchweg erwiesen worden von den Logen inspiriert und geleitet worden und niemand wagt wohl in Abrede zu stellen, daß die portugiesische Revolution ein Werk der Loge gewesen ist. Wir haben hier gar nicht die Absicht, ein Kundenregister der Freimaurerei aufzutun; wir meinen nur, daß Leute, die bei allem, was sie tun, das Licht und die Offenheit scheuen und deren internationale Geschichte keine Ruhmesblätter für die Geschichte der Menschheit bilden, sich nicht so aufs hohes Roß seien sollten, wenn einmal ein Mann, der ein Menschenalter hindurch die Feindschaft der Loge am eigenen Leibe geführt hat, seinem gerechten Zorn Luft macht und Dinge sagt, die zwar verbreit sind, aber so lange das Gegenteil nicht bewiesen wird, wahr bleiben. Also lieber beweisen, als schimpfen!

Deutsches Reich

Dresden, den 12. September 1913

† falsche Gerüchte. Offiziös wird gemeldet: "Die Nachricht, daß der König in einem Ministerrat sein Mißfallen darüber ausgedrückt habe, daß der Generalintendant Graf Seebach das Stück „Glaube und Heimat“ von Schönherz in den Spielplan des königl. Schauspielhauses aufgenommen habe, und daß der König sich infolgedessen geweigert habe, der Eröffnungsvorstellung am Sonnabend beizutreten, ist unrichtig. Der König hat den Beginn der Vorstellung wegen anderer Dispositionen auf 9 Uhr festgesetzt, doch ist weder von ihm selbst noch von einem anderen Mitgliede der königlichen Familie der geringste Einspruch in dem obenerwähnten Sinne erhoben worden."

† Preußische Ordenauszeichnungen sind anlässlich der diesjährigen großen Herbstübungen an eine Reihe sächsischer Offiziere verliehen worden: Der Stern zum Kronenorden 2. Klasse an Generalmajor, dientstenden General à la suite des Königs v. Tettau, der Kronenorden 3. Klasse an Freiherrn v. Oldershausen, Major im sächsischen Generalstab, und Major v. Reckel, dientstenden Flügeladjutant des Königs, der Rote Adlerorden 4. Klasse an Hauptmann v. Schweinitz, kommandiert zur Dienstleistung als Flügeladjutant des Königs, der Kronenorden 4. Klasse an dem Oberleutnant im Schützen-Regiment Diemer und Oberleutnant im Garderitter-Regiment v. Schwerdtner, beide kommandiert zur Dienstleistung beim Großen Generalstab, und an Oberleutnant Günther im Telegraphen-Bataillon Nr. 1.

— Der Dank an die Armee. Die "Schlesische Zeitung" bringt den Erlob des Kaisers an den kommandierenden General des 6. Armeekorps, General der Infanterie v. Pritzelwitz, in dem es heißt: Aus dem Verlaufe der diesjährigen Manöver habe ich die Überzeugung gewonnen, daß das Armeekorps großen Aufgaben in erster Zeit gewachsen sein wird. Die Truppen haben überall vorzüchliche Leistungen gezeigt und damit meinen Erwartungen voll entsprochen. Für diesen Erfolg kriegsgemäher Ausbildung spreche ich Ihnen sowie allen Generälen, Kommandeuren und Offizieren meine uneingeschränkte Anerkennung gern aus. Ich erfuhr Sie, die unter dem Ausdruck meines königlichen Dankes weiter bekanntzugeben und zugleich die Mannschaften für ihre brave Haltung zu belohnen.

— Das nächstjährige Kaisermanöver wird nach Berliner Blättern dem Vernehmen nach in Oberhessen und den angrenzenden Gebieten stattfinden.

— Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes Dr. Goll war am 8. in Loko, einem ausfichtreichen Hofen im Müngebiete, angelkommen. Am 9. begab er sich nach Dualo, wo am 10. eine Besprechung mit der Handelskanzler stattfand. Der Staatssekretär sagte hierbei einen großzügigen Hafenausbau und eine kräftige Eisenbahnpolitik zu, lebte hingegen Sonderrats- und Reichszuschuß für Neusommer ab.

— Als Bundesratsbevollmächtigter für Elsaß-Lothringen an Stelle des Ministerialrates Dr. Siemeling, der infolge seiner Berufung zum Gesandten der Hansestädte aus dem Landesdienst ausscheidet, ist Ministerialrat Cronau von der landwirtschaftlichen Abteilung des Ministeriums in Aussicht genommen.

— Der Wehrbeitrag der Bundesfürsten. Der Gesamtbetrag der freiwilligen Beiträge der deutschen Bundesfürsten zur Deckung der Wehrvorlage wird, wie die Chemnitzer "Allgemeine Zeitung" erfährt, im Reichsschahante auf 25 Millionen Mark geschätzt.

— Zum Jesuitengesetz. Bekanntlich machte vor einigen Wochen in der deutschen Presse die abenteuerliche Nachricht eines Schweizer Platten die Runde, wonach das Jesuitengesetz in Völde aufgehoben werden sollte. Die Leute vom Evangelischen Bunde haben, wie erinnerlich, damals gleich großen Tantam geschlagen und versucht, die evangelisch-lutherische "Tägliche Rundschau" weiz nun folgendes zu melden: Mehrere Bundesregierungen haben sich in Berlin an nachgebender Stelle erfundet und den Bescheid erhalten, daß sich in der Ansicht der Reichsleitung in bezug auf die Aufhebung des Jesuitengesetzes nichts geändert hat. Die preußischen Stimmen werden, wenn der Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes im Bundesrat zur Abstimmung gelangen wird, ebenso wie bisher, gegen die Aufhebung abgegeben werden. — Es wäre doch verwunderlich, wenn der hohe Bundesrat seit dem 28. November vorigen Jahres nichts zugelebt und nicht eingehalten hätte, daß er sich damals ein Bravourstück der Intoleranz geleistet hat.

— Der Deutsche Anwaltstag wurde gestern in Dresden mit einer Versammlung der Vertreter des Deutschen Anwaltvereins eröffnet. Daneben fanden Versammlungen der Mitglieder der Kugeleghalt, Witwen- und Waisenkassen für deutsche Rechtsanwälte, des Vereins der Amtsgerichtsanwälte und des Vereins für Erholungsstätten statt. Anwesend waren u. a. als Ehrengäste: Geheimer Oberjustizrat und vortragender Rat im preußischen Justizministerium Burghardt, Geheimer Regierungsrat und vortragender Rat im Reichsjustizamt Dr. Lucas und Geheimer Justizrat Dr. Mannfeld vom sächsischen Justizministerium.

— Angedrohte Ausweisung. Bekanntlich soll am 12. September in Berlin eine geschlossene sozialdemokratische Versammlung abgehalten werden, um die praktische Durchführbarkeit eines Generalstreiks nach allen Richtungen hin zu erläutern. Als Hauptattraktion der Veranstaltung waren zwei belgische Parteiführer, Vandervusen und Guimaraens, angekündigt, die den Schatz ihrer Erfahrungen auf dem Gebiete des Generalstreiks der deutschen Sozialdemokratie zugängig machen sollten. Der Berliner Polizeipräsident hat in einem Schreiben nun darauf aufmerksam gemacht, daß er diese Berichterstattung durch Ausländer nicht dulden und ihn mit sofortiger Landesverweisung entgegentreten werde. Das hätten sich die Herren Genossen von vornherein sagen können.

— Um den Genossen Radek ist in der deutschen Sozialdemokratie ein bestiger Kampf entbrannt, und zwar deswegen, weil besagter Genosse aus einer ausländischen Organisation ausgeschlossen worden ist und nun die Frage entschieden werden muß, ob dieser Ausschluss auch für die deutsche Partei gelten soll. Nun ergreift zu der Angelegenheit ein polnischer Genosse das Wort, der Radek der Verleumdung und Chrabeschneiderei beschuldigt. In Zena wird's darüber zu netten Auseinandersetzungen kommen.

— Unter Spionageverdacht desertiert. Wie die "Voss. Zeit." erzählt, sind die Matrosen Stammwedel und Wehner aus Wilhelmshaven flüchtig geworden. Sie stehen unter dem Verdachte, zu Spionagezwecken Länder und andere Geschäftsparteien geflohen zu haben. Es wurde ein Steckbrief gegen sie erlassen.

Aus dem Auslande

Oesterreich-Ungarn

— Das Fremdenblatt ist von zuständiger Stelle zu der Erklärung ermächtigt worden, daß die in der letzten Zeit in einem Teile der Presse verbreiteten Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministers des Außenwesens gänzlich unbegründet sind.

— Das Arbeitslosenelend in Budapest. In einer Versammlung von Arbeitslosen in Budapest wurde am Mittwoch bekanntgegeben, daß in Budapest und den Vorstädten gegenwärtig 60 000 Personen arbeitslos sind. Die sozialdemokratische Partei verlangt von der Regierung und der Stadtverwaltung Einführung von Notstandsarbeiten.

Frankreich

— Die außerordentlichen Kredite für die dreijährige Dienstzeit. Der französische Staatsrat hat dem Entwurf eines Dekretes betreffend die außerordentlichen Kredite für die Ausführung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit im Betrage von 59 544 151 Francs zugestimmt.

— Die Regierungen von Frankreich und Hatti haben ein Kompromißabkommen unterzeichnet, das die Regelung der Fortsetzung, die Frankreich im Dezember 1910 gemeinsam mit Deutschland, England, Italien und den Vereinigten Staaten an Hatti richtete, einem Schiedsgerichte unterwirft.

— Präsident Poincaré hat ein Telegramm des Deutschen Kaisers erhalten, worin dieser seinen Dank für das aus Anlaß des Unterganges des Marineluftschiffes "L. 1" gesandte Telegrafenprotokoll ausspricht.

Großbritannien

— König Konstantin in England. Wie amtlich bekannt gegeben wird, erwartet man in London den griechischen König für den 24. d. M.

— Vermehrung der britischen Truppen in Ägypten. Wie aus Kairo gemeldet wird, ist dort der Bau großer Kasernen in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes für Truppenteile der englischen Okkupationsarmee beschlossen worden, um deren Verladung und Verschiffung nach etwa gesuchten Punkten des Suezkanals möglichst schnell vornehmen zu können. Man erblickt darin einen neuen Beweis, daß England ernstlich an eine Verstärkung seiner militärischen Stellung im Niltale denkt.

Schweden

— Erregung in Schweden über Russland. Privatnachrichten aus Stockholm besagen, daß dort Aufregung über die Tätigkeit der Russen an der finnisch-schwedischen Grenze herrsche. Russland habe angefangen, große Kasernenbauten anzulegen, und es sei bereits eine Summe von über eine Million Rubel dafür ausgegeben worden.

Griechenland

— Der Ministerpräsident Venizelos begab sich gestern früh auf die französische Gesandtschaft in Athen und erklärte dem französischen Gesandtschaftsträger, wie sehr er das durch die Rede des Königs Konstantin in Berlin hervorgerufene

Misverständnis bedauere. Er sagte, daß der König sich keineswegs gegen das segensreiche Werk der französischen Militärmision gewandt habe, die vor den zwei Kriegen und während dieser Griechenland wirkliche Dienste erweisen habe. Anderseits erklärte Venizelos der Presse: Wenn wir nur im geristen mit dem General Sydour und den anderen Mitgliedern der französischen Militärmision unzufrieden gewesen wären, so würden wir sicherlich nicht ihren Vertrag und die Bitte um Vermehrung der Zahl der französischen Offiziere erneuert haben. Alle diejenigen, die Griechenland besuchen, wissen wohl, wie sehr das Werk der französischen Offiziere von der griechischen Bevölkerung geschätzt wird, die jedesmal, wenn sie General Sydour begegnete, ihm begeisterte Huldigungen darbrachte. Griechenland wird niemals die großen und hervorragenden Dienste vergessen, die ihm Frankreich nicht nur in der letzten Zeit, sondern immer erwies. Ein übrigen hatte die Stelle des Königs keinen politischen Charakter, da er ohne einen verantwortlichen Minister reiste. Der König wollte seine persönliche Dankbarkeit für die militärische Erziehung, die er in Deutschland genoss, zum Ausdruck bringen und nichts weiter. Der Ministerpräsident schloß, er hoffe, daß das Misverständnis in Frankreich vollkommen beseitigt sein werde.

Bulgarien

— Die "Agence Bulgare" bezeichnet die dem Delegierten Nationalversammlung zugeschriebene Behauptung, daß Bulgarien den türkischen Standpunkt bezüglich Adrianopels und Kırklisses annehme und daß darauf rechte, daß die Türkei Bulgarien hessen werde, Kawalla und Monastir zurückzuerlangen, als tendenziöse Erfindung.

— Der Ministerrat beschloß, die Delegierten in Konstantinopel anzzuweisen, auf der Forderung bezüglich Kırklisse zu beharren.

Asien

— Japan überreichte gestern der chinesischen Regierung eine Reihe von Forderungen, die sich beziehen auf 1. Die Marterung des japanischen Leutnants Ribimara in Hankow am 11. August, dem die Uniform heruntergerissen, und der an den Händen aufgehängt wurde; 2. Die Mißhandlung eines anderen Offiziers in Shantung; 3. Die Tötung von Japanern in Nanjing und schließlich die Beleidigung einer japanischen Fahne. Japan fordert Entschuldigung, Bestrafung der Schuldigen und die Zahlung einer Entschädigungssumme, deren Höhe später festgesetzt werden wird. Man erklärt auf der japanischen Gesandtschaft, daß China diese Forderungen unverzüglich annehmen müsse, andernfalls würde eine Aktion, wie sie für notwendig gehalten wird, unternommen werden.

Amerika

— Der New Yorker Bürgermeister Gaynor †. Wie aus New York gemeldet wird, ist Bürgermeister Gaynor von New York an Bord des White-Star-Dampfers "Baltic" auf hoher See an Herzschlag gestorben.

Aus Stadt und Land

Dresden, den 12. September 1913

— Ihre Königliche Hoheit die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, Prinzessin von Preußen, und So. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meiningen sind hier eingetroffen und haben im Westminster-Hotel Wohnung genommen. In der Begleitung befindet sich Hofchef Freiherr v. Röben.

— Vom diplomatischen Corps. Der Königlich Niederländische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Baron Gevers ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat die Leitung der Königlich Niederländischen Gesandtschaft wieder übernommen.

— Stadtverordnetenversammlung. In der 22. öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten, der ersten nach den Großen Ferien, widmete der Vorsitzer Oberjustizrat Stöckel dem verstorbenen Stadtrat Kandler einen herzlichen Nachruf. Zum Zeichen ehrenden Gedanken erhoben sich die Stadtverordneten von ihren Plätzen. — Aus der Regierungsseite, die 147 Punkte umfaßt, ging hervor, daß sich der Rat bei dem ablehnenden Beschlusse der Stadtverordneten, die Aufstellung von Figuren auf den Postamenten bei weßlichen Terrassen an der Friedrich-August-Brücke betrifft, Verhüting gefestigt habe. — Der Rat hat sich bei der Auskunft der Generaldirektion der Staatsseilbahnen, daß der obersächsische Schnellzug, der in Görlitz vormittags 11 Uhr 15 Min. abfährt, auf dem Bahnhof Dresden-Neustadt auch in Zukunft nicht halten könne, beruhigt. St.-B. Christoph erklärte die Auskunft für halslos; denn der Zug habe in Altstadt 12 Minuten Aufenthalt. Er beantragte, der Rat solle nachmals bei der Eisenbahndirektion vorstellig werden. Einstimig wurde der Antrag ange nommen. — Die Generaldirektion der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft hat dem Rote mitgeteilt, daß die Wettbewerbsbedingungen beim Neubau eines staatlichen Galeriegebäudes den Wünschen der städtischen Körperschaften entsprechend abgeändert worden sind. — Der Verband zur Abwehr des Tabaktrugs bittet die Stadtverordneten, ihn in dem Kampf gegen den Tabaktrug zu unterstützen. — Dann wurde ein Schreiben der Reichs postdirektion zur Fernsprechnot verlesen, das von Anfang August datiert ist. Die Gründe, die die Postbehörde hierin zur Erklärung der Mißstände anführt, sind bekannt. St.-B. März führte bewegte Klage über die Zustände und resümierter alle in den Zeitungen vorgebrachten Mängel. Die Teilnehmer seien an Nerven und Geld schwer geärgert. Der erste Antrag der Stadtverordneten, Abhilfe zu schaffen, habe nichts genützt. Auf dem Dresdner Postamt gebe es nicht einen Beamten, der wisse, wo der Fehler liege. Er erfuhr den Rat, sich bei der Auskunft des Postamtes nicht zu beruhigen, sondern unverzüglich Schritte zu unternehmen. St.-B. Kohlmann nannte das Dresden Telephone und den Zusammenbruch aller technischen Einrichtungen der Postbehörde. St.-B. Kühn bezeichnete die Ausstände als öffentlichen Skandal und schlug vor, keine Gebühren mehr zu zahlen, wie er es tun werde. Oberbürgermeister Bentler gab bekannt, daß er sich persönlich mit dem Oberpostdirektor Spranger in Verbindung gesetzt habe; zufällig sei der Delegierte des Telephonwesens Geheimer Oberpostrat Meier-Berlin zugegen gewesen. Ende Januar

1914 wird System dienen. St. Karlsruhe die Arbeit schläge vor. Kollegen gebe; er Siemens hierher seien in den hau getreten; Peters gaßt an den Chirur reicht habe trag, un Reichspost stimmt ein Schrein schluss an. Dieser haßt sie auch nicht ich als get die über mit einer Der Ober Auffstellung lebten vi des Hochschloss hochbauan gegenüber in wenigen men ist er getreten. des bewor wurden Bauten B. Bizevorsitz Minderan Nach Ein rafschung, infolge d schüßen debattelo leuchtung Aufstand meister s werbaren 8000 Ma 1914 ein Reich be schriftsm Sitzung — den Erden deutscher bis mit und Samarit schaft für Kreuz e zügen zu dingung der Mil ligenden kolonien Genossen Roter f eine Be zigig erhe für, Au gung, Pfennig zum Karten — den Ge Unlehnen Gegenst regungen geboten Durchfliegt. Rothelin 8 Uhr des Ge beginn hilfe Becker — überall weit die Vo worden vor, u Profess Direkte ist ent auf d